

Vorlage Nr.: 2022/2254

Verantwortlich: Dez. 6

Dienststelle: LA

Aktueller Sachstandsbericht des Liegenschaftsamtes zum Haushaltssicherungsprozess

Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Umlegungsausschuss	25.11.2022	4		x	

Information

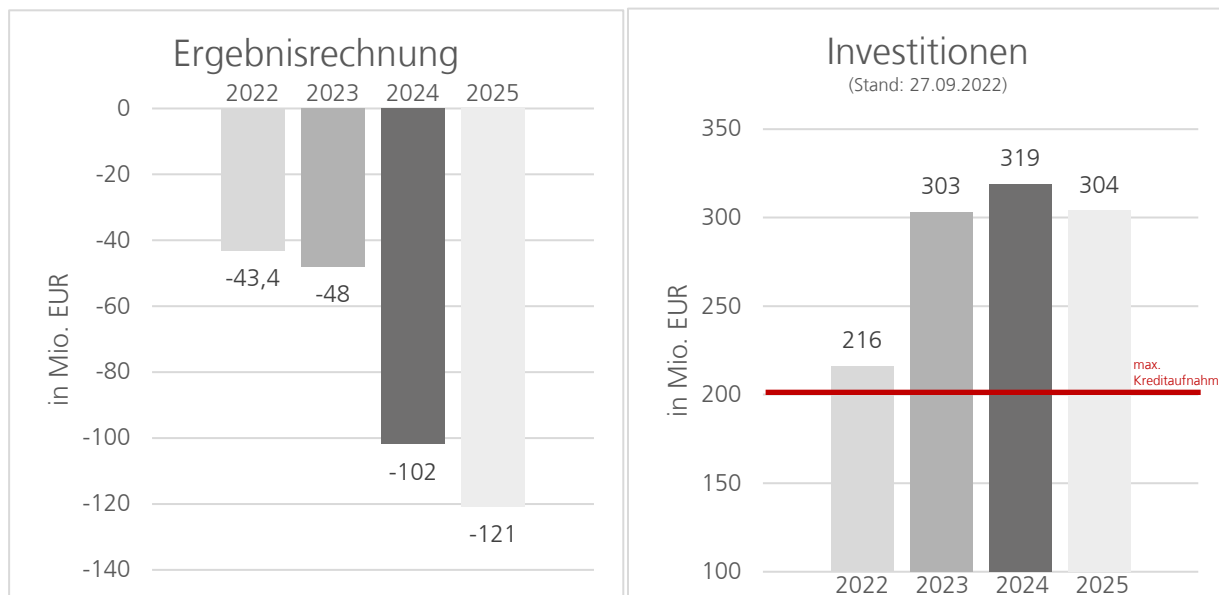
Antrag an den Umlegungsausschuss:

Der Umlegungsausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:		
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.		
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Notwendigkeit der Haushaltssicherung



Im Doppelhaushalt 2022/2023 sowie in den Jahren des nächsten Doppelhaushaltes 2024/2025 wird die Stadt Karlsruhe nach aktuellem Planungsstand ihren Ergebnishaushalt nicht ausgleichen können. Auch wird es nicht möglich sein, aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einen liquiden Überschuss zu erzielen, der zur Finanzierung der städtischen Investitionen herangezogen wird. Die Investitionen sind daher eins zu eins mit Krediten zu finanzieren. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat hierauf reagiert und den aktuellen Doppelhaushalt 2022/2023 nur **unter strengen Auflagen genehmigt**. Der Ergebnishaushalt ist durch geeignete Maßnahmen zu konsolidieren und die weitere Verschuldung pro Haushaltsjahr wurde auf jeweils 200 Millionen Euro gedeckelt.

Die Stadt Karlsruhe ergreift aktuell im Rahmen des Gesamtkonzepts zur „**Haushaltssicherung**“ geeignete Maßnahmen. Mit der dritten Stufe richtet sich der Fokus auf die Haushaltsaufstellung des Doppelhaushalts 2024/2025. Hierzu wurden die städtischen Ämter, Stabsstellen und Dezernate im April 2022 aufgefordert, Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung von **60 Millionen Euro** zu erarbeiten. Die für 2024 bis zum prognostizierten **Defizit von 102 Millionen Euro** verbleibenden 42 Millionen Euro sollen über einen konsequenten Haushaltsvollzug aufgebracht werden.

Aufgrund aktueller Preissteigerungen wird ein **konsequenter Haushaltssicherungsprozess notwendiger** denn je.

Um die städtische Handlungsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können, wurden nachfolgende Maßnahmen durch den entsprechenden Fachbereich erarbeitet:

1. Nennung der reduzierten Budgets oder erzielten Mehrerträge

In der Finanzplanung sind beim Liegenschaftsamt (Teilhaushalt 6200) für 2024 folgende Budgets vorgesehen:

	ursprünglicher Planansatz 2024	Neuer Ansatz 2024	Veränderung
Personalaufwendungen	13.415.370	13.090.980	- 324.390
Sachmittel	2.370.920	2.219.328	- 151.592
Zusammen:	15.786.290	15.310.308	- 475.982

2. Auflistung der plausibilisierten Maßnahmen mit den entsprechenden Summen

Das Liegenschaftsamt erledigt gesetzliche Pflichtaufgaben sowie auch daran anknüpfende freiwillige Leistungen unterschiedlicher Anforderungen und Erwartungen.

Das Liegenschaftsamt hat das Ziel so formuliert, dass die möglichen Einsparungen im Personalbereich im Einklang mit freiwilligen Leistungen stehen, deren Reduzierung nach unserem Ermessen auch gesamtstädtisch immerhin noch akzeptable Veränderung nach sich ziehen werden.

Zuständigkeit Verwaltung

Bereich/Amt	Maßnahme Name	Summe des Vorschlags (2024)	Erwartete Summe
Liegenschaftsamt	Reduzierung durch temporäre Aussetzung einer Stellenbesetzung im Bereich landwirtschaftlicher Facharbeiter	60.400,00 €	60.400,00 €
Liegenschaftsamt	Reduzierung von 2,4 VZW im Bereich Ingenieurvermessung	140.240,00 €	140.240,00 €
Liegenschaftsamt	Reduzierung 1 VZW im Bereich der Registratur	54.700,00 €	54.700,00 €
Liegenschaftsamt	Reduzierung 2 Stellenbewertungen bei Neubesetzung sowie Einsparung einer halben Stelle im Bereich Geoinformation	69.050,00 €	69.050,00 €
Liegenschaftsamt	Reduzierung Sachkostenbudget	151.592,00 €	151.592,00 €
Gesamt:		475.982,00 €	475.982,00 €

Reduzierung Personalkosten:

Während die Personalreduzierung im Bereich der landwirtschaftlichen Facharbeiter zeitlich befristet ist, bis eine gleich bewertete Stelle im Bereich der Liegenschaften altersbedingt eingespart werden kann, erfolgen im Bereich Vermessung die Reduzierungen dauerhaft unter Berücksichtigung der gesetzlichen Pflichtaufgaben in diesem Bereich. Wir erreichen dies auch durch die Einführung neuester Messtechnologien sowie durch weitere organisatorische Maßnahmen. Im Bereich Geoinformation kann dies durch eine Reduzierung von Sonderaufgaben und freiwilligen Serviceleistungen erreicht werden.

Dies kann sich auf die regelmäßige Aktualisierung der Topographie, die regelmäßige Befliegung zur Herstellung der Luftbilder oder auch auf die Straßenbefahrung auswirken.

Reduzierung Sachkosten:

Orientiert an den Ergebnissen der letzten Jahre haben wir das Sachkostenbudget in allen Arbeitsbereichen angepasst. Insbesondere erfolgt eine Verschiebung von Beschaffungen im Kleingerätesektor, eine Reduzierung von Pflegeleistungen im Landwirtschaftsbereich sowie z.B. im Bereich Vermessung eine Reduzierung der Ausgaben durch die Stilllegung eines KFZ.

3. Strategische Ziele

Personelle Maßnahmen:

Intensivierung der internen Aus- und Weiterbildung sowie deutliche Erweiterung unserer externen Aktivitäten zur Gewinnung von qualifiziertem Personal.

Operative Maßnahmen:

Die derzeitige Situation am Wohnungsmarkt ist eine besondere Herausforderung für die Stadt. Strategischen Aufgaben zur Schaffung von neuem Wohnraum sowie zur Analyse der derzeitigen Situation werden wir zukünftig einen größeren Raum geben um Handlungsoptionen auch interkommunal besser ausloten zu können. Hervorzuheben ist die Baulandbereitstellung insbesondere im Innenbereich und eine dadurch ermöglichte Konzeptvergabe von städtischen Grundstücken.

Digitalisierung sowie Vernetzung neuer Daten und Informationen hin zur Urbanen Datenplattform. Insbesondere erfolgt die Weiterentwicklung des Digitalen Stadtmodells zum Digitalen Geo-Zwilling der Stadt Karlsruhe als Grundlage für den weiteren Aufbau von Smart City sowie eine Verbesserung der Echtzeitverarbeitung und Visualisierung von Sensordaten.

Aus diesen gewonnenen Daten können neue Zusammenhänge erkannt und Prozesse optimiert werden mit einer damit verbundenen Verbesserung der Zugänglichkeit für die Stadtverwaltung und die Stadtgesellschaft.

Beschluss:

Antrag an den Umlegungsausschuss:

Der Umlegungsausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis.